

*Herzlich willkommen  
im Amtsbereich Rehna!*



**Fragen  
an den Innenminister**

## **Veränderungen müssen sein!**

Veränderungen durch Zwang führen zumeist zu negativen Ergebnissen.

Veränderungen durch Freiwilligkeit führen zumeist zu positiven Ergebnissen.

**Warum wollen Sie als Innenminister des Landes MV eine Reform gegen den Willen der Bürger?**

***„Je größer eine Gemeinde ist, desto größer wird ihr finanzieller und wirtschaftlicher Spielraum“***

(KUBUS-Gutachten, S. 27)

So wie z.B. in Lübeck, Berlin oder Neustrelitz?

So wie in bisher vielen fusionierten Gemeinden, z.B. hier Königsfeld im Folgezeitraum?

**Die Ursachen für die kritische Finanzlage der Kommunen sind woanders als in ihrer Größe zu suchen.**

# Innenminister Breitner erteilt Gebietsreform klare Absage

Ressortchef verweist in Büchen auf den Koalitionsvertrag, in dem die Zusammenlegung von Kreisen oder Gemeinden kein Thema sei.

Von Martin Stein

**Büchen** – „Seit wir im Gespräch sind, bin ich immer fröhlich nach Hause zurückgekehrt!“ Bei der Fahrt in sein Heimatdorf dürfte sich Werner Schumacher, der Bürgermeister von Lütau und Vorsitzende des lauenburgischen Gemeindetages, am Montagabend auch wieder gerne an den Mann aus der Landeshauptstadt erinnert haben. Der Grund war im fast bis auf dem letzten Platz gefüllten Sitzungssaal des Büchener Bürgerhauses leicht auszumachen: Innenminister Andreas Breitner (SPD) ließ keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass es unter der neuen Landesregierung keine Zusammenlegung von Kreisen oder Gemeinden geben werde – es sei denn, die direkt Beteiligten wollten das auf freiwilliger Basis.

Mit dieser Aussage bekannte sich der Ressortchef aus Kiel zu einer Politik, wie sie gerade im ländlichen Bereich und auch vom Gemeindetag seit Jahren mit Nachdruck vertreten wird. Der Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt (SPD)

aus Groß Grönau, der zum Infogespräch mit dem Minister eingeladen hatte, sprach das Thema schon bei der Eröffnung der Versammlung mit etwa 70 Teilnehmern an: „Ich kann Sie gleich beruhigen“, sagte er mit Verweis auf den Koalitionsvertrag, in dem von Kreis- oder Gemeindegebietsreform keine Rede sei. Innenminister Breitner unterstrich das: „Diese Landesregierung schließt eine solche Reform aus. Wir halten die Kleinteiligkeit per se nicht für einen Standortnachteil – im Gegenteil.“ Breitner bekräftigte außerdem, dass es keine Absichten gebe, Fusionen auf kommunaler Ebene mit Hilfe von finanziellen Anreizen zu erzwingen: „Das ist nicht unsere Absicht.“

Neben der Frage nach der künftigen kommunalen Struktur ging der Gast aus Kiel insbesondere auf Finanzfragen ein: „Wir haben vor, die Kommunen finanziell zu stärken“, versicherte er den Versammlungsteilnehmern mit zahlreichen Bürgermeistern, Verwaltungsmitarbeitern und Ortspolitikern. Umgesetzt werden solle das Vorhaben

durch eine Reform des Finanzausgleichsgesetzes. Dazu habe jetzt ein „Jahr des Dialoges“ angefangen, anschließend solle sich ein knappes Jahr der parlamentarischen Diskussion. Das jetzt geltende Gesetz sei ungerecht, weil es die Kommunen mit vielen Aufgaben tendenziell schlechter stelle als die

Kommunen. „Wenn wir weniger Aufgaben haben, können wir auch weniger Geld bekommen.“ Breitenbrunn räumte Gastgeber Eichstädt die Aussprache mit den Besuchern ein, die von der Möglichkeit, regen Gebirgsmächten. Zu Wort

meldeten sich unter anderem Leitenden Verwaltungsbearbeiter Frank Hase aus dem Amt Berkenthin und Werner Rütz aus dem Amt Lauenburgische Seen. Der Minister versprach der Versammlung gerne wieder in den Kreis Herzogtum Lauenburg zu kommen.



Die Landesregierung hält die Kleinteiligkeit nicht per se für einen Standortnachteil – im Gegenteil.“

Andreas Breitner  
Innenminister

## Eine Frage der Geldverteilung

Der kommunale Finanzausgleich ist auch für die Städte und Gemeinden im Lauenburgischen ein Thema von entscheidender Bedeutung – weil im Rahmen dieses Ausgleiches von jedem Bundesland das Geld zur Erledigung der Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen verteilt wird. In Schleswig-Holstein ist dabei immer wieder von 120 Millionen Euro die Rede, die von der früheren CDU/SPD-Landesregierung wegen der hohen Staatsverschuldung aus dem Finanzausgleich herausgenommen wurden.

Die jetzige Landesregierung will das Gesetz zur Regelung der Geldverteilung reformieren. Der Gemeindetag fordert, dass gerade die Orte im ländlichen Raum besser berücksichtigt werden müssen.

Anzeige



**Info-Tag:**  
Do., 25. Okt. 2012  
10 bis 14 Uhr  
Im Forum des



Frank Hase vom Amt Berkenthin gehörte zu denjenigen, die beim Besuch von Andreas Breitner in Büchen einige Fragen stellten. Fotos: mst

Das Flächenland Schleswig-Holstein entscheidet sich gegen Zwang.

Warum entscheidet sich das Flächenland MV für Zwang?

„Die Vorteile einer *eigenverantwortlichen* Neustrukturierung“ (Ihr Vortrag)

**.....sind im Umkehrschluss gleichzeitig die Nachteile einer *erzwungenen* Neustrukturierung.**

Warum propagieren Sie Freiwilligkeit und drohen gleichzeitig unter bewusster Inkaufnahme der überwiegenden Nachteile mit Zwang?

## Warum sind die Kommunen in einer wirtschaftlichen Zwangslage? Zwei Beispiele:

Verdoppelung der Kreisumlage in den letzten 10 Jahren.

Verweigerung der Finanzausstattung – entgegen verfassungsrechtlicher Sichtweisen (Bayer.VerfG., 2009, sinngemäß: *Eine Masse zur Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben von 1% des Haushaltsvolumens ist als zu gering anzusehen. In Zeiten knapper Gelder auf Landesebene kann das so sein, allerdings nur vorübergehend.*).

Sie fördern die Finanzkrise in den Kommunen – und wollen nun vom Rodenden (Verursacher) zum Aufforstenden (Gutmensch) werden.....**warum handeln Sie so?**

„Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“ –  
jedes Gutachten bewirkt ein das Gegenteil  
aussagendes Gegengutachten.

Ungeachtet dessen:

*„Bei jedem Modell sind kleinere Gemeinden  
deutlich benachteiligt“* (KUBUS-Gutachten, S.26)

**Warum wollen Sie funktionierende kleine  
Gemeinden zusätzlich, bewusst und vorsätzlich  
schlechter stellen?**

**Der prognostizierte Bevölkerungsverlust in NWM beträgt bis 2030 rund 2% - und liegt dieser Schätzung nach 7 – 22% (!) besser als in den anderen Kreisen.**

Warum können wir (am Beispiel Thandorf) die Einwohnerzahl nicht erhöhen, **obwohl es Anfragen genug gibt?**

**Weil uns die Hände gebunden werden!**

→ was wir wollen, dürfen wir nicht (AfBRS / Regionalplanung) – und was wir dürfen ist entweder ertragsneutral oder wird über Jahre verzögert (Radwege).

Warum unterstützen Sie die Verschlechterung der Bedingungen anstatt für Erleichterungen zu wirken?



Ihre Frage „Ist die Einsatzfähigkeit Ihrer Feuerwehr gesichert?“ und Ihre Aussage: „(Durch eine höhere EW-Zahl).....erhöht sich doch der Kreis der potentiellen, aktiven Mitglieder.“

Beides ist mit **NEIN** zu beantworten.

Es stimmt, die FFW sind überwiegend tagsüber nicht einsatzbereit. Die Gründe sind bekannt. Aber:

**Wenn Gemeinde „T“ z.B. 200 EW hat und Gemeinde „U“ 400, dann gibt es 600 potentielle Mitglieder für die zwei Wehren. Gehen „T“ und „U“ zusammen, so bleiben es unverändert 600 – die allerdings immer noch tagsüber ortabwesend sind.**

**Die Argumentation ist deshalb inhaltlich falsch.**

## Der Fragebogen

### **„V. Ist Ihre Gemeinde (noch) zukunftsfähig?“**

- ⇒ ist manipulativ (z.B. Überschrift, Frage 2)
- ⇒ suggeriert, dass bei größeren Einheiten alles besser ist (z.B. Frage 5, Frage 10)
- ⇒ ist in sich un schlüssig (was hat z.B. Frage 6 mit der Überschrift zu tun?)
- ⇒ entspricht weder empirischen, noch statistischen Erhebungsregeln (z.B. Frage 1 versus Frage 4)

**Er hilft nicht weiter und kommt -leider- über die Qualität einer Zeitschriften-Umfrage nicht hinaus.**

In unserem Amtsbereich werden die  
Pflichtaufgaben gesetzesgemäß wahr genommen.

**Dabei setzen wir -erfolgreich- heute und  
weiterhin auf interkommunale Zusammenarbeit.**

Es besteht deshalb hier kein Grund, diese  
Strukturen über eine Gemeindegebietsreform per  
Pauschalvorgabe und durch Zwang zu verändern.

**Freiwilligkeit ja – Zwang nein.**

Herr Innenminister, zeigen Sie uns eine realistische Perspektive auf.

Zeigen Sie uns **konkret und nachweisbar** auf, warum wir als Gemeinden gegen den Willen unserer Bürger fusionieren sollen.

Die Antwort kann aber nicht sein:

*„Schaffen Sie mehr als 500 Einwohner und alles wird gut!“*

oder

*„Eine Gemeindefusion erspart Geld!“*

Beides wäre weder perspektivisch, noch konkret und schon gar nicht nachweisbar.....

## Die Fragen zusammengefasst und konkretisiert:

Warum sollen wir glauben, dass entgegen der meisten konkreten Beispiele eine Fusion zur größeren Gemeinde eine nachhaltige Finanzausstattung sichert, die Wirtschaftskraft erhöht und die Zukunftssicherung steigt?

Warum wollen Sie kleine Gemeinden zusätzlich, bewusst und vorsätzlich schlechter stellen?

Warum entscheiden Sie für das Flächenland MV für Zwang, ohne ein Mandat dafür zu haben?

Warum wollen Sie als Innenminister des Landes MV eine Reform gegen den Willen der Bürger?

Wie ist Ihr Bild einer realistischen, nachhaltigen und nachweislichen Perspektive für unsere Gemeinden?